

Alexander von Humboldt-Stiftung
AvH, Jean-Paul-Straße 12, 53175 Bonn

Hochschulrektorenkonferenz
HRK, Ahrstraße 39, 53175 Bonn

Deutscher Akademischer Austauschdienst
DAAD, Kennedyallee 50, 53175 Bonn

Leibniz-Gemeinschaft
WGL, Eduard-Pflüger-Straße 55, 53113 Bonn

Deutsche Forschungsgemeinschaft
DFG, Kennedyallee 40, 53175 Bonn

Max-Planck-Gesellschaft
MPG, Hofgartenstraße 8, 80539 München

Fraunhofer Gesellschaft
FhG, Hansastraße 27 c, 80686 München

**Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina
Nationale Akademie der Wissenschaften**
Emil-Abderhalden-Straße 37, 06108 Halle / Saale

**Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher
Forschungszentren**
HGF, Büro Berlin, Anna-Louisa-Karsch-Str.2,
10178 Berlin

Wissenschaftsrat
WR, Brohler Straße 11, 50968 Köln

Stellungnahme der Allianz zur Wissenschaftsfreiheitsinitiative des Bundes

Der Deutsche Bundestag hat den außeruniversitären Forschungsorganisationen im Rahmen der Wissenschaftsfreiheitsinitiative in einem zweijährigen Pilotprojekt flexiblere haushaltsrechtliche Möglichkeiten eröffnet. Diese können bereits zum 1.1.2009 genutzt werden.

Die in der Allianz vereinigten Wissenschafts- und Wissenschaftsförderorganisationen begrüßen diesen ersten Schritt zu mehr Flexibilität und sehen in ihm - gemeinsam mit dem Kabinettsbeschluss vom Sommer diesen Jahres - ein Signal zur Stärkung der Attraktivität des Wissenschaftsstandorts Deutschlands.

Das Parlament hat mit den Flexibilisierungsmaßnahmen den großen Forschungsorganisationen einen Vertrauensvorschuss eingeräumt und damit die Prioritätensetzung für Wissenschaft und Forschung anerkannt.

Die Wissenschaftsorganisationen appellieren an die Bundesländer sicherzustellen, dass die durch den Bund eingeführten Flexibilisierungen wirkungsgleich auf die dem jeweiligen Landesrecht unterliegenden Wissenschaftseinrichtungen übertragen werden.

Einige Bundesländer gewähren ihren Hochschulen bereits weitgehende Autonomie, bis hin zur Einräumung eines Globalhaushaltes und der Abschaffung des Vergaberahmens. Das ist auch das Ziel, welches die von Bund und Ländern gemeinsam finanzierten Forschungseinrichtungen anstreben. Sie benötigen diese Freiräume, um im immer schärfer werdenden internationalen Wettbewerb schnell und flexibel die vielfältigen Herausforderungen bewältigen zu können. Daher sind die nun eröffneten Möglichkeiten nur ein erster Schritt. Sie müssen so ausgestaltet und erweitert werden, dass der Wissenschaftsstandort Deutschland international konkurrenzfähig bleibt.

Das Parlament hat den Wissenschaftsorganisationen im Gegenzug zu den eingeräumten Flexibilisierungen zusätzliche Berichtspflichten auferlegt. Die Organisationen stellen sich diesen Pflichten, die sich aus der Verantwortung für gewährte Freiheiten ergeben. Mittel- und langfristig müssen Flexibilisierungen und Berichtspflichten freilich in einem angemessenen Verhältnis zu einander stehen.

Die nunmehr zweijährige Pilotphase ist ein Anfang mit Perspektiven. Auch die Hochschulen benötigen in *allen* Bundesländern die geforderte weitgehende Autonomie.